

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 84 (1992)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Die Gewerkschaften müssen eine Industriepolitik entwickeln  
**Autor:** Schöni, Walter / Wicki, Martin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-355386>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 25.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Gewerkschaften müssen eine Industriepolitik entwickeln

**Gewerkschaftliche Industriepolitik hat eine ausgewogene, sozial- und umweltverträgliche Entwicklung der Wirtschaft zum Ziel, was langfristig auch die Unternehmen stärkt. Dazu ist sie branchenübergreifend und auch international zu koordinieren.**

Wir befinden uns in einer paradoxen Situation: Auf der einen Seite arbeiten unsere Industriebranchen mit hoher Produktivität, mit aufwendigen Maschinen, mit eigenen Forschungsabteilungen und weltweiten Vertriebsnetzen. Auf der anderen Seite mehren sich mit den häufig negativen Wirtschaftsschlagzeilen die Anzeichen dafür, dass ins Leere produziert wird. Natürliche Ressourcen und menschliche Fähigkeiten werden verschleudert, während Absatzmärkte stagnieren; problematische Güter belasten unsere natürlichen Lebensgrundlagen, während grosse Teile der Weltbevölkerung nicht über die lebensnotwendigen Güter verfügen. Trotz steigender Arbeitslosigkeit fahren Betriebe mit Höchstarbeitszeiten und wenn möglich mit Überstunden, um dann bei der ersten besten Gelegenheit ihre Tore dicht zu machen. In einer Zeit, wo die Effizienz der Marktwirtschaft gefeiert wird, scheint das Industriesystem den Bezug zum gesellschaftlichen Bedarf an Arbeit, Gütern und Lebensqualität zu verlieren. Wir sind daher der Meinung, dass die privaten Investitionsentscheide industriepolitisch – und das heisst letztlich: gesellschaftspolitisch – Leitlinien bedürfen.

Im folgenden legen wir dar: 1. die Probleme des industriellen Strukturwandels; 2. Umriss einer Industriepolitik aus gewerkschaftlicher Sicht; 3. Grenzen und Gefahren der Industriepolitik; und 4. Vorschläge zur Umsetzung im Rahmen einer branchenübergreifenden Gewerkschaftspolitik. Die industriepolitischen Erfahrungen der GTCP behandeln wir in einem separaten Kasten.

## 1. Der industrielle Strukturwandel und seine Folgen

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Industrieproduktion haben sich seit Beginn der 70er Jahre drastisch verändert. Damals zeigten sich Risse im Wachstumskonsens der Nachkriegszeit, der auf industrieller Massenproduktion, Massenkonsum und sozialstaatlicher Kaufkraftsicherung beruht hatte.

Ein ständiger industrieller Strukturwandel ist seither im Gange. Mit immer neuen Massnahmen zur Reorganisation, Rationalisierung und Produktivitätssteigerung versuchen die Industrie- und Dienstleistungsfirmen, sich die schmalen Anteile auf den umkämpften Weltmärkten zu sichern. Konzernentscheide über Standorte, Diversifikation und Stilllegungen stellen den wirtschaftlichen Bestand ganzer Produktionszweige und Regionen, aber auch die branchengewerkschaftliche Interessenvertretung in Frage. Die industrielle Reorganisation verläuft in der Schweiz indessen sehr unterschiedlich:

- Wachstumsbranchen wie z.B. Chemie und Elektronik investieren in Schlüsseltechnologien (auch Risikotechnologien); sie schaffen u.a. neue anforderungsreiche Arbeitsplätze, die sie über betriebliche Arbeitsmärkte besetzen.

- Strukturschwache Branchen (z.B. Textil, Nahrungsmittel, Metallindustrie) schrumpfen, rationalisieren nach traditionellem Muster und verdichten die bereits monotonen Arbeitsabläufe.

- Bisher binnenorientierte Gewerbe (Bau, Holz, Grafik) sehen ihre Existenz durch ausländische Konkurrenz und neue Qualitätsansprüche gefährdet; sie reagieren mit Konzentration und Kostensenkung.



Walter Schöni

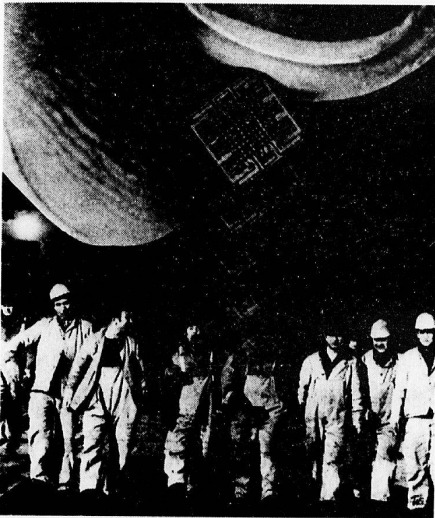
Der schweizerische Staat hat zu diesem Auseinanderdriften indirekt beigetragen: Mit der Zuweisung von ungelernten ausländischen Arbeitskräften, mit ihrem «Export» in Krisenzeiten und mit der schleichenden Lockerung des Arbeitsschutzes hat er speziell den strukturschwachen Firmen Erleichterungen gewährt: Sie konnten (und können) auf die Verbesserung von Arbeitsqualität, Berufsbildung und umweltgerechten Verfahren verzichten und stattdessen einseitig auf Produktivitätssteigerung und Durchlaufbetrieb setzen. Mit andern Worten: Sie konnten die qualitativen Kosten im Betrieb klein halten und die daraus erwachsenden Nachteile auf Umwelt und Gesellschaft überwälzen.

Die Folgen sind: Es vertiefen sich die Spaltungen zwischen den Lohnabhängigen, zwischen Kern- und Randbelegschaften, zwischen Dienstleistungen und Produktionsarbeit usw. Es kumulieren Umweltbelastungen und wirtschaftliche Disparitäten zwischen den Regionen. ArbeitnehmerInnen sind auf doppelte Weise geschädigt: Durch Beschäftigungsrisiken, Stress, Schadstoffe usw. am Arbeitsplatz, durch Unsicherheit, Immigration und Verlust an Lebensqualität in ihrem gesellschaftlichen Leben. Und

**«Gewerkschaftliche Industriepolitik hat auf eine allgemeine Qualitätsverbesserung zu zielen.»**

es wachsen die «Risikogruppen»: wenig Qualifizierte, Frauen, AusländerInnen, ältere ArbeitnehmerInnen, Leute mit angeschlagener Gesundheit. Sie alle laufen heute Gefahr, in ungeschützte Ar-

## Rationalisierungsschutz heisst ein Ziel der gewerkschaftlichen Industriepolitik.



beitsverhältnisse abgedrängt, arbeitslos und schliesslich aus dem sozialen Netz ausgegrenzt zu werden. Die Verursacher dieser Entwicklung sind bislang wenig behelligt worden. Getreu der Lehre von der freien Marktwirtschaft beschränkt sich der Staat darauf, die Nachteile fein dosiert auf die Allgemeinheit – und das heisst: auf die schwächeren «Marktteilnehmer» – zu verteilen und die offensichtlichen Schäden zu reparieren. Er weist aber jede Verantwortung für die Richtung der Entwicklung von sich, wie er auch konjunkturstabilisierende Eingriffe zum Schutze von sozial Schwächeren so lange als möglich hinauszögert.

## 2. Industriepolitik aus gewerkschaftlicher Sicht

Angesichts der bisherigen Praxis von Unternehmen und Behörden drängt sich die gewerkschaftliche Initiative zu einer vorausschauenden, koordinierten Industriepolitik auf. Unter «Industriepolitik» verstehen wir eine langfristig orientierte Politik, die eine ausgewogene, sozial- und umweltverträgliche Entwicklung von Wirtschaftszweigen anstrebt. Industriepolitik beginnt mit der Analyse von Spielräumen und Schwachstellen der Unternehmenspolitik und der staatlichen Rahmenpolitik. Darauf aufbauend formuliert

sie alternative Ziele und Strategien aus Arbeitnehmersicht. Sie setzt in folgenden Bereichen an:

### • Arbeitsplatz- und Unternehmensfragen:

Investitionspolitik, Arbeitsqualität, Produktionsverfahren, Gesundheits- und Umweltschutz, Forschung;

### • Fragen der Berufs- und Weiterbildung:

Anforderungsprofile; betriebliche und überbetriebliche Bildungsmaßnahmen; Einbezug sämtlicher Personalgruppen («qualifizieren statt entlassen»);

### • Fragen der staatlichen Rahmenbedingungen und Strukturpolitik:

Infrastrukturleistungen, Finanzpolitik, Arbeitsmarkt- und Ausländerpolitik, Arbeitsschutz, Regionalpolitik, Umweltpolitik;

### • Probleme des Weltmarktes und der europäischen Integration:

Stellung im Welthandel und im EWR; industrielle Kooperation; Standort Schweiz und Verhältnis zu Drittweltländern.

Gewerkschaftliche Industriepolitik zielt auf eine allgemeine Qualitätsverbesserung: Verbesserung der Arbeitsplatzqualität, der Handlungsspielräume, der Mitbestimmungsrechte, der Berufsbildung und Beschäftigungssicherheit, der Umweltverträglichkeit und der Verträglichkeit mit einer gerechteren Weltwirtschaft. Erste Überlegungen zur Gestaltung von Arbeit und Technik existieren bereits (SMUV 1989). Wir gehen davon aus, dass qualitative Auflagen die Leistungsfähigkeit der Firmen langfristig erhöhen. Denn: Nur ausgebildete Arbeiter/-innen mit breitem Handlungsspielraum und umfassender Mitbestimmung werden willens sein, die Flexibilität der Auftragserfüllung und die Qualität der Produkte schon an der Maschine zu gewährleisten, Entscheidungssituationen zu bewältigen, Neuentwicklungen im Produktionsalltag anzuwenden usw. Fir-



Martin Wicki

men, die problematische Stoffe ersetzen und Immissionen am Arbeitsplatz senken, werden auch in der Lage sein, die Umweltbelastung zu mildern und den zunehmend strengerem internationalen Umweltnormen zu genügen. Mit diesem qualitativen Rückhalt werden Firmen industrielle Kooperationen eingehen und auf internationalen Märkten operieren können, ohne ihre inländischen Kapazitäten auszuhöhlen

(vgl. Schäppi 1992).

Industriepolitische Konzepte und Forderungen können indessen nie rein technischer Natur sein, da sie von der Wirtschaft automatisch als «Einmischung» betrachtet werden. Sie stossen immer wieder an die Grenzen der bürgerlich-kapitalistischen Eigentumsordnung. Denn diese legitimiert die autonome Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln, sanktioniert den Zwang

## «Industriepolitik ist nur ein Element neben den Vertragsbeziehungen und dem Nachweis gewerkschaftlicher Konfliktfähigkeit.»

zur Arbeit auch an gesundheits- und umweltschädlichen Arbeitsplätzen (innerhalb von Grenzwerten) und ermöglicht so die Abwälzung von Kosten und Risiken nach dem «Stand der Technik». Industriepolitik ist daher nur ein Element neben den Vertragsbeziehungen und dem Nachweis der Konfliktfähigkeit. Die Gewerkschaften müssen also breit mobilisieren können, damit ihre Konzepte in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden und Wirtschaft und Behörden unter Druck geraten. Die Aushandlung und Umsetzung der Forderungen



### Die Entmündigung am Arbeitsplatz muss aufhören.

kann auf betrieblicher, regionaler oder branchenweiter Ebene in gemischten Gremien erfolgen. Daraus gehen im Idealfall gemeinsame Leitlinien, Förderungsmassnahmen oder konkrete Projekte hervor, beispielsweise im Bereich Berufsbildung oder Technologie. Sie vermitteln neue Impulse für einen arbeitnehmerfreundlichen Strukturwandel und für die Gestaltung der Vertragsbeziehungen. Industriepolitik ersetzt keineswegs den Kampf um fortschrittliche Rahmengesetze (z.B. Arbeitsschutz, Bildungsurlaub, Mitbestimmung), um Gesamtarbeitsverträge und um eine sinnvolle Konjunkturpolitik. Aber sie setzt für all diese Steuerungsinstrumente neue qualitative Ziele.

### 3. Grenzen und Gefahren der Industriepolitik

Wo liegen die Grenzen der Industriepolitik? Wir möchten Industriepolitik keineswegs als die moderne Lösung aller Probleme anpreisen. Zu gewichtig sind die Einwände und Gefahren. So ist das Risiko nicht von der Hand zu weisen, dass Industriepolitik zu einem korporatistischen Arrangement verkommt, wenn sie nur ausgewählten Arbeitnehmern/-innen Aufstiegschancen bietet, auf Kosten der benachteiligten Schichten. Oder wenn sie die Vernichtung «inhumaner» Arbeitsplätze in Kauf nimmt, statt deren Verbesserung zu fordern.

### «Industriepolitik erfordert stets auch Schutzbestimmungen vor Rationalisierung.»

Damit wird deutlich, dass die verschiedenen Interessen, die von einer industriepolitischen Stossrichtung berührt werden, sorgfältig abzuwägen und solidarisch auszuhandeln sind. Das Weiterbildungsprojekt der GTCP (siehe Kasten) trägt dem insofern Rechnung, als es bewusst bei den nicht gelernten, meist weiblichen und ausländischen Beschäftigten ansetzt. Weiterbildung darf nicht zu einem Selektionsinstrument werden,



das der Personalabteilung erlaubt, «ungeeignete» MitarbeiterInnen loszuwerden. Industriepolitik erfordert daher stets auch Rationalisierungsschutzbestimmungen. Solange diese fehlen, ist die Gefahr des Wegdrängens in prekäre Verhältnisse immer vorhanden. Industriepolitik muss zudem in eine breit gefächerte gewerkschaftliche Politik eingebettet sein, welche sozial- und arbeitszeitpolitische sowie ökologische Faktoren einbezieht.

Eine gewerkschaftliche Industriepolitik plädiert für höhere Standards in Sachen Arbeitsqualität, Ausbildung, Umweltauswirkung usw. Doch gefährden solche Auflagen nicht die Konkurrenzfähigkeit der Firmen und Branchen? Langfristig betrachtet ist genau das Gegenteil der Fall: Hohe sozial- und umweltpolitische Auflagen zwingen zur frühzeitigen Innovation, zur rationelleren Gestaltung der Produktion und generell zu haushälterischem Umgang mit Ressourcen. Damit werden Strukturanpassungen laufend realisiert, qualifiziertes und motiviertes Personal bleibt den Betrieben erhalten, und letztlich werden Marktanteile abgesichert.

Umgekehrt formuliert: Nicht die Verbesserung der Standards, sondern das Festhalten an schlechten Standards führt letztlich zu Wettbewerbsverzerrungen. Unternehmen, die mit veralteter Arbeitsorganisation und Routinearbeits-

plätzen kostengünstig produzieren wollen, sichern sich kurzfristig Profite, verstoßen aber gleichzeitig gegen die Interessen der gesamten Branche. Denn Unternehmen, die bereits heute ihre Standards verbessern wollen, müssen Umstellungs- und Experimentierkosten auf sich nehmen und erfahren damit Nachteile gegenüber den «Bremsern». Angesichts der europäischen Marktintegration stellt ein solches Vorgehen eine Gefahr für die gesamte schweizerische Textilbranche dar. Diese hat in den letzten Jahren zur Genüge gezeigt, wohin die Begünstigung einer arbeitnehmerfeindlichen Rationalisierung führt: Kaum je kamen angeschlagene Betriebe aus dem Schlitterkurs heraus, auch wenn sie noch so grosszügige Bewilligungen für Schichtarbeit erhielten. Vielmehr wurden sie anfällig für Spekulanten und Messingkäfer, die auch die verbliebenen Arbeitsplätze gefährdeten. Die Opfer hatten stets die Beschäftigten zu tragen.

### «Die Textilindustrie zeigt es: auch noch so arbeitnehmerfeindliche Rationalisierung führt die angeschlagenen Betriebe nicht wieder aus dem Schlitterkurs heraus.»

Woher soll nun aber eine Gewerkschaft das zur Entwicklung und Umsetzung industriepolitischer Ziele notwendige Know-how hernehmen? Sprengt dies nicht die Möglichkeiten der Verbände? Die Fragen sind berechtigt. Doch ist das betriebliche Wissen der direkt Betroffenen, was Arbeitsabläufe, Arbeitsorganisation oder Produktfragen betrifft, beträchtlich (ein Wissen, das bekanntlich Henry Ford auf seine Weise zur Durchsetzung seiner Rationalisierungsstrategie nutzte). Im übrigen wird an diesem Punkt auch deutlich, wie wichtig die Erweiterung des gewerkschaftlichen Organisationsbereiches ist: Erst wenn Fachkräfte aus dem technisch-wissen-



## Der reine Dienstleistungsplatz



schaftlichen Bereich für eine gewerkschaftliche Industriepolitik interessiert werden können, ist die fachliche Abstützung garantiert. Dies unterstreicht nochmals, dass es mit dem Aufstellen industriepolitischer Forderungen beileibe nicht getan ist.

### 4. Umriss einer branchen- übergreifenden Umsetzungsstrategie

Wie könnte eine koordinierte branchenübergreifende Industriepolitik im politischen Kräftefeld der Schweiz aussehen?

Seit dem ersten Kriseneinbruch in den 70er Jahren haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und damit auch die staatspolitischen Ziele gewandelt: Der Wohlfahrtsstaat ist zum «Standort-Staat» geworden. Dieser

setzt nicht mehr die soziale Umverteilung als Ziel, sondern die Sicherung attraktiver Standortbedingungen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit für das von der Schweiz aus operierende Kapital. Allgemeine Wohlfahrt und Umweltschutz werden so weit angestrebt, wie der äussere Konkurrenzdruck dies zulässt. Diese Sichtweise prägt auch die Diskussionen über einen EG-Beitritt der Schweiz. Nach Ansicht liberaler Ökonomen (Borner u.a.) muss die Schweiz eine kohärente wirtschaftliche Aussenstrategie verfolgen, ohne grosse Rücksicht auf demokratische Verfahren im Inland. Die Devise lautet: möglichst wenig gesetzliche und gesamtarbeitsvertragliche Auflagen im Innern, dafür maximale Bewegungsfreiheit und Gewinne auf Auslandsmärkten.

Die politische Kräftekonstellation baut somit viel weniger als früher auf einen wohlfahrtsstaatlich untermauerten gesellschaftlichen Konsens. Dieser staats-

politische «Umbau» ist erst allmählich in seiner vollen Tragweite deutlich geworden. Bis in die 70er Jahre hinein dachten die Gewerkschaften in sozialpartnerschaftlichen Kategorien und setzten auf die Verteilung der Produktivitätsgewinne, ohne sich über die Richtung der expansiven Entwicklung Gedanken zu machen. In der Krise der 70er Jahre mussten sie dann in grossem Stil fürsorgische Aufgaben übernehmen (Arbeitslosenversicherung, Sozialpläne, Stellenvermittlung, individuelle Betreuung), und seither sind sie stark damit beschäftigt, die Arbeitnehmenden vor den ständig neu entstehenden Risiken des Strukturwandels zu schützen. Dies hat ein defensives Vorgehen begünstigt.

Um so wichtiger sind heute offensive wirtschafts- und industriepolitische Zielvorstellungen. Es gilt, den auf «Wettbewerbsfähigkeit» fixierten Europa-Diskurs in der Schweiz auf die Ebene gesellschaftspolitischer Auseinanderset-

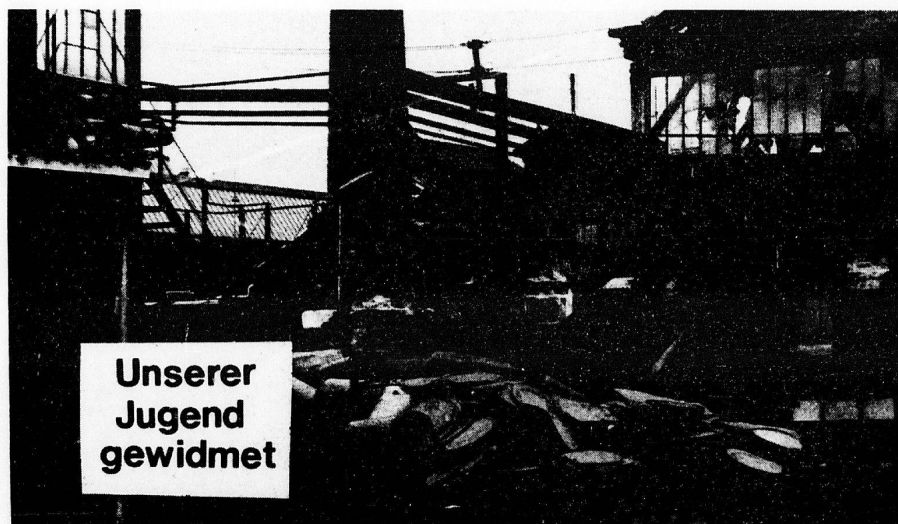
## Und umwelt- wie sozialverträglich muss die gewerkschaftliche Industriepolitik sein.

zungen zurückzuholen. Ein gesellschaftspolitisches Ziel wäre beispielsweise, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft auf qualitative Verbesserungen (im genannten Sinne) abzustützen. Dabei können die Gewerkschaften ein Stück weit darauf vertrauen, dass die Unternehmen bestimmten Sachzwängen ausgesetzt sind. Die teuren Anlagen, der steigende Bedarf nach beruflicher Qualifikation, die Flexibilitäts- und Qualitätsanforderungen zwingen die Unternehmen dazu, ihr Personal weiterzubilden und seine Interessen stärker zu berücksichtigen. Ob dabei wirklich Arbeitnehmerinteressen realisiert werden, hängt davon ab, ob die Gewerkschaften den nötigen kollektiven Druck ausüben und präzise Vorstellungen in die Öffentlichkeit einbringen. Gelingt das, so riskieren Firmen, die weiter nach tayloristischem Muster rationalisieren und die Umwelt belasten, öffentlich der Fahrlässigkeit bezichtigt zu werden.

### «Der auf Wettbewerbsfähigkeit fixierte Europa-Diskurs ist auf die gesellschaftspolitische Ebene zurückzuholen.»

Der nötige öffentliche Druck lässt sich vermutlich nur über eine koordinierte, branchenübergreifende Industriepolitik erzeugen. Wir haben festgestellt, dass zwischen den Branchen und Firmen oft grosse Unterschiede in den Rationalisierungsmustern, im Umgang mit dem «menschlichen Faktor» bestehen. Es ist möglich, die technologischen und unternehmenspolitischen Spielräume auszuloten, sie zwischen den Branchen zu vergleichen und die Unterschiede gegeneinander auszuspielen. Dazu braucht es allerdings eine enge Zusammenarbeit unter den Branchengewerkschaften.

Eine Koordinationsinstanz auf Dachverbandsebene, die auch kooperative Gewerkschaften ausserhalb des SGB und insbesondere ausländische Gewerk-



Alle Fotos zu diesem Artikel: Walter Erb

schaften einbezieht, könnte folgende Funktionen übernehmen:

- Koordination der industriepolitischen Expertisen aus den einzelnen Branchenbereichen, von verschiedenen Konzernstandorten im In- und Ausland; Erarbeitung gemeinsamer Kriterien, Forderungskonzepte und Umsetzungsstrategien;
- Überwachung von Schwachstellen in den einzelnen Branchenbereichen («Gewerkschaftswüsten» usw.), in denen qualitative industriepolitische Auflagen zur Verdrängung von Benachteiligten, zu Konzern- oder Branchenkorporatismen führen könnten;
- Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Ableitung von konjunktur- und strukturpolitischen Forderungen an den Staat, Vorbereitung von vertraglichen und gesetzlichen Vorstössen zur Verbesserung von Regelungsstandards, Koordination mit europäischen Standards;
- Vorbereitung und Koordination politischer Bündnisse mit Parteien, Bewegungen und sozialen Organisationen im In- und Ausland, um punktuell deckungsgleiche qualitative Forderungen mit vereinten Kräften durchzusetzen und Rivalitäten (auch auf dem Weltmarkt) zu vermeiden.

Aus dem Gesagten dürfte klar werden, dass wir Industriepolitik – im Gegensatz

z.B. zur französischen Tradition – nicht mit «Verstaatlichung» gleichsetzen, auch nicht mit rigider Wirtschaftsplanning. Wir verstehen sie vielmehr als Versuch, die bisher der demokratischen Debatte entzogenen Wirtschaftsbereiche zu politisieren und die wirtschaftlichen und staatlichen Entscheidungsinstanzen einem öffentlichen Rechtfertigungsdruck auszusetzen. Eine koordinierte und kompetente Industriepolitik von Gewerkschaftsseite könnte ein höheres Mass an sozialer, ökologischer Vernunft und weltwirtschaftlicher Verantwortlichkeit ins Spiel bringen.

#### Quellen

- Frick, Andres (1990): Probleme und Perspektiven der schweizerischen Textilindustrie. Untersuchung im Auftrag der GTCP. Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich  
 GTCP 1992: Textil-Arbeit-Zukunft. Industriepolitische Zielsetzungen für die Textilbranche. Zu beziehen beim Zentralsekretariat der GTCP, Postfach 196, 8031 Zürich  
 Schächli, Hans (1992): Den Industriestandort Schweiz erhalten. Die Gewerkschaft Nr. 3, 25. März 1992.  
 SMUV (1989): Fabrikarbeit hat Zukunft. Alternative Wege zur Gestaltung von Arbeit und Technik in der schweizerischen Maschinenindustrie. SMUV, Postfach 272, 3000 Bern 15.

#### Abkürzungen

- GTCP: Gewerkschaft Textil, Chemie Papier  
 SMUV: Schweizerischer Metall- und Uhrnervverband



## Praktische Erfahrungen: Industriepolitik für die Textilbranche

Die GTCP beschloss, für die Textilindustrie ein eigenes industriepolitisches Konzept zu entwickeln und dem Abwärtstrend entgegenzutreten. Sie gab bei der Konjunkturforschungsstelle der ETH eine ökonomische Studie in Auftrag (Frick 1990). Diese konstatiert verschiedene Merkmale einer «Strukturschwäche» der Branche: Räumliche Zerstreuung, klein- und mittelbetrieblicher Charakter, tiefes Qualifikationsniveau trotz hoher Kapitalintensität, geringer Ausgabenanteil für Forschung und Entwicklung. Darin manifestiert sich eine jahrzehntelang verfolgte Investitionspolitik, die auf kapitalseitige Rationalisierung setzte, die Qualität der Arbeit und die Ausbildung der Arbeitskräfte dagegen vernachlässigte. Leider wurde eine solche Ausverkaufspolitik durch die genannten staatlichen Rahmenbedingungen – z.B. Arbeitsschutz-Praxis, Ausländerpolitik – begünstigt.

Entwicklungschancen sehen Experten übereinstimmend vor allem in spezialisierten, hochwertigen Bereichen. Diese Chancen zu nutzen würde voraussetzen, dass das stark technologie- bzw. sachkapitallastige Investitionsmodell von einem personalorientierten Investitionsmodell abgelöst wird. Für uns ist klar: Arbeitsorganisatorische und soziale Neuerungen – Abbau von Hierarchie, Integration von Planung und Ausführung, Arbeitsschutz, Mitbestimmung, Nutzung des Erfahrungswissens und Schulung – werden in Zukunft ebenso entscheidend sein wie neue Maschinen. Darin liegt der Schlüssel zur Lösung der von Arbeitgebern oft beklagten Personalprobleme.

Um solche Vorstellungen zu konkretisieren, hat die GTCP im Herbst 1990 eine Kommission eingesetzt. Sie besteht aus betrieblichen Vertrauensleuten, Gewerkschaftsfunktionärinnen und zwei Experten. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die strukturellen Defizite in den Bereichen Technologie, Berufsbildung, Weltmarkt und staatliche Rahmenbedingungen aufzuarbeiten und deren Konsequenzen für Beschäftigungssicherheit und Arbeitsqualität zu dokumentieren. Daraus werden industriepolitische Forderungen abgeleitet und in Fachdiskussionen, Vertragsverhandlungen und politische Debatten eingebracht. Die Umsetzung kann auf betrieblicher, überbetrieblicher oder Branchenebene erfolgen, die Ansprechpartner sind Gewerkschaften, Arbeitgeber und staatliche Instanzen. Ergebnisse der Kommissionsarbeit sind inzwischen in einer Broschüre erschienen (GTCP 1992).

### Wille und Wirklichkeit

Ein erster Schritt in diese Richtung war eine Fachtagung im April 1991. Neben Vertrauensleuten der Gewerkschaft nahmen auch Vertreter der Arbeitgeber, der Textilmaschinenindustrie und des BIGA teil. Praktisch einhellig befürworteten die Anwesenden eine qualitative Ausrichtung in der Textilbranche. Die schönen Grundsätze wurden indessen durch Berichte von Produktionsarbeiterinnen immer wieder auf den Boden der Betriebsrealität zurückgeholt. Zwischen Gestaltungswunsch und Realisierungswille klappt offenbar eine grosse Lücke.

Einen weiteren Schritt bildet das Projekt zur «Weiterbildung von nicht gelernten Erwerbstätigen in der Textilindustrie», das die GTCP im Rahmen der Weiterbildungsoffensive des Bundes beim BIGA eingereicht hat. Solange das Personal nur notdürftig an neuen Maschinen angeleitet wird, geht jeder Strukturwandel auf Kosten der Arbeitnehmenden. Das Projekt bezweckt daher den Aufbau einer Kurseinrichtung zur Förderung von Schlüssel- und fachspezifischen Qualifikationen. Sie sollen die Beschäftigten befähigen, bei betrieblichen Umstellungen ihre Interessen zu artikulieren – und die Firmen dazu verpflichten, die Umstellung zusammen mit der Belegschaft zu vollziehen. Vertrauensleute und BK-Mitglieder übernehmen, entsprechend geschult, eine zentrale Rolle: Sie informieren die Beschäftigten über den Sinn der Weiterbildung, und sie vertreten die Arbeitnehmerinteressen im Umstellungsprozess.

Die Reaktion der Arbeitgeberverbände auf die Projekteingabe war trotz positiven Stellungnahmen seitens einzelner Unternehmen, kantonaler Berufsbildungsstellen und Experten ernüchternd: Sie wollten die Initiative der Gewerkschaft nicht öffentlich anerkennen. Der Ausgang des Projektes ist noch ungewiss. Dies verweist auf grundsätzliche Probleme einer gewerkschaftlichen industriepolitischen Strategie, insbesondere auf die Frage der Kooperation mit den Arbeitgebern.

Nachdem nun eine industriepolitische Plattform vorliegt, kann zusammen mit Betriebskommissionen und Vertrauensleuten über konkrete Ansatzpunkte diskutiert werden, etwa wie vorhandene Spielräume der Arbeitsorganisation genutzt oder wie sich die Beschäftigten in Fragen des Technologieeinsatzes einmischen können. Parallel dazu gilt es in Fachtagungen, Veranstaltungen und Medienarbeit die gewerkschaftliche Kompetenz auszuweisen und einen öffentlichen Druck zu erzeugen.